2. Oktober 2020

KW 40: Modeerscheinung Kulturelle Bildung, Neuerscheinung: Guten Morgen! – Heimat & Nachhaltigkeit, Kulturhaushalt im Bundestag, …

… IKI-Jahrestagung, Corona-Krise: Was wird für die Kultur getan?, Neuerscheinung: Politik & Kultur Oktober 2020, Personalia, Text der Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Es erfüllt uns mit Stolz und großer Freude, dass unser langfristiges Ziel in der kulturellen Bildung, für das sich die Stiftung Mercator mit großer Überzeugung und erheblichen finanziellen Mitteln seit mehr als zehn Jahren eingesetzt hat, statt wie ursprünglich geplant im Jahr 2025 tatsächlich bereits Ende des Jahres 2022 erreicht sein wird. Dieses Ziel bestand darin, dass die kulturelle Bildung als Teil allgemeiner Bildung in den Strukturen und Qualitätsvorgaben aller 16 Bundesländer nachhaltig verankert wird. Mit dem Erreichen dieses Ziels ist es im Sinne der Arbeitsweise der Stiftung Mercator folgerichtig, dass kulturelle Bildung in der neuen, auf fünf Jahre angelegten Strategie kein Schwerpunktthema mehr sein wird.“

Ja, meint die Stiftung Mercator das wirklich ernst?

Der Rat für Kulturelle Bildung, der von einem Stiftungskonsortium unter Führung der Mercator-Stiftung finanziert wird und der seine Arbeit ebenfalls einstellen soll, hat immer das genaue Gegenteil gesagt. Und in der gerade vom Deutschen Musikrat vorgelegten Studie »Musikunterricht in der Grundschule« wird ein vollständig anderes Bild von der kulturellen Bildungswirklichkeit in den Schulen gezeigt.

Natürlich kann eine Stiftung mit ihrem Geld machen, was sie will, aber sie sollte uns bitte nicht für dumm verkaufen, was das Erreichen ihrer strategischen Ziele angeht. Die kulturelle Bildung ist ein Notstandsbereich. Gerade jetzt in der Coronakrise zeigt sich, dass auf Musik, Kunst, Theater in den Schulen besonders gerne verzichtet wird. Aber auch schon vor Corona war die kulturelle Bildung das ungeliebte Kind in der Schule.

Der Deutsche Kulturrat hatte mit der Konzeption kulturelle Bildung 1988 den Stein der kulturellen Bildung ins Rollen gebracht. Dieser Konzeption folgten 1994 und 2005 Nachfolgekonzeptionen. Ein Thema war geboren oder war es doch nur eine Mode?

Sind wir ehrlich zu uns selbst, das Thema kulturelle Bildung hat in den letzten Jahren deutlich an Strahlkraft verloren. Kulturelle Bildung ist offensichtlich eine Mode, eine neue Kollektion muss her. Deshalb will wohl die Stiftung Mercator und wie man hört auch weitere andere Stiftungen sich dieses Aufgabengebietes entledigen. Kulturelle Bildung ist

nicht mehr hip, schafft keine „gute Presse“ mehr.

Aber, ich befürchte, wir sind an der Entwicklung nicht ganz unschuldig. Kultureller Bildung fehlt oftmals in der politischen Debatte die Leichtigkeit. Sie gilt als fachlich überladen. Vielleicht sollten die Stiftung Mercator und andere die kulturelle Bildung nicht aus ihrem Aufgabengebiet verbannen, sondern helfen, dass sie wieder trendiger wird. Denn auch das ist Mode!

Ihr
Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
twitter.com/olaf_zimmermann

Neuerscheinung: Guten Morgen! – Heimat & Nachhaltigkeit

„Guten Morgen!“ – anstelle von „Gute Nacht“ – sagen sich im Dossier „Heimat & Nachhaltigkeit“ nicht nur Fuchs und Hase, sondern auch der Kultur- und Naturbereich.

Stellvertretend arbeiten der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Deutsche Kulturrat seit Jahren eng zusammen. Klar ist, wenn es darum geht, nachhaltige Verhaltensweisen zu fördern und unsere Natur zu schützen, müssen wir als Gesellschaft vermehrt auf die erforderlichen kulturellen Kompetenzen schauen. Die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure aus Kultur und Natur gilt es, auszuweiten.

Das Dossier berichtet nicht nur über die bisherigen Projekte, sondern zeigt neue Lösungsansätze auf, wie ein Kulturwandel hin zu mehr nachhaltiger Entwicklung gelingen kann.

- Zum PDF-Download
- Zum Online-Shop

Bericht aus dem Deutschen Bundestag: Haushaltsdebatte Etat Kulturstaatsministerin am 30.09.2020

Am Mittwoch, den 30.09.2020 fand im Deutschen Bundestag im Rahmen der Generaldebatte die erste Aussprache zum Kulturhaushalt des Bundes 2021 statt. Der Haushaltsentwurf sieht eine Erhöhung der Kulturförderung im Inland von 6,6 Prozent vor. Die Debatte stand unter dem Eindruck der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kultur- und

Medienbereich.

Doris Achelwim MdB (Die Linke) begrüßte zwar die Etaterhöhung fordert aber andere Akzentsetzungen. Den Aufwuchs in der Medienbildung von 2 Mio. Euro sei zu gering, die Etatsteigerung bei der Deutschen Welle solle v.a. den Freiberuflern zu Gute kommen und die Demokratie könne durch kostenfreien Eintritt in Museen gefördert werden. Achelwim vermisst einen Schutzschirm für Kultur- und Medienschaffende und vor allem mehr passgenaue Hilfen auch für die Veranstaltungsbranche. Die bestehenden Hilfsprogramme seien nicht ausreichend und Solo-Selbständige würden in die Grundsicherung gedrängt. Aus ihrer Sicht wäre ein armutsfestes Grundeinkommen für Solo-Selbständige überfällig. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an Entschließungen des Bundesrats.

Tabea Rößner MdB (Bündnis 90/Die Grünen) konzentrierte sich in ihrer Rede auf die Digitalpolitik und wirft der Bundesregierung deutliche Versäumnisse der letzten Jahre vor. Die Corona-Pandemie zeige, so Rößner, die Versäumnisse wie in einem Brennglas. Sie kritisiert, dass die Mittel aus dem Digitalpakt nicht vor Ort ankommen. Mindeststandards für digitale Bildung in der Schule fehlten ebenso wie das Recht auf Homeoffice. Der Breitbandausbau sei vollkommen unzureichend. Wie generell eine digitale Strategie fehlt. Mit Blick auf Künstliche Intelligenz müssten Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags dringend umgesetzt werden.

Marc Jongen MdB (AfD) ging mit der Bundesregierung und speziell mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB scharf ins Gericht. Er warf ihr Heuchelei vor. Jongen vertrat die Auffassung, dass Neustart Kultur nicht nötig gewesen wäre, wenn die Regierung den Kulturbetrieb nicht heruntergefahren hätte. Er sprach von vollkommen überzogenen Maßnahmen und einem „Berufsverbot“ für Künstler. Seiner Ansicht nach fühlen sich die Künstler von der Regierung alleingelassen. Weiter sprach Jongen davon, dass die Bundesregierung die Gesellschaft spalte, da sie Angst und Denunziantentum säe sowie die Bürgerrechte einschränke. Dazu trage bei, dass, so Jongen, in den „Staats- und Leitmedien“ keine Debatte mehr stattfände und mit dem Gesetz gegen Hassrede die Meinungsfreiheit eingeschränkt würde. Schließlich würde, so Jongen, Kulturförderung zu ideologischen Zwecken eingesetzt. Demgegenüber stünde die AfD für eine Kulturfinanzierung, die Qualität und Tradition fördere.

Erhard Grundl MdB (Bündnis 90/Die Grünen) machte einen Gegensatz zwischen dem Selbstlob der Bundesregierung für das Programm Neustart Kultur und der tatsächlichen Situation im Kulturbereich auf. Die Veranstaltungsbranche stehe, so Grundl, nach sechs Monaten Pandemie vor einem Scherbenhaufen, viele Existenzen stehen auf Messers Schneide. Nur 1 Prozent der Überbrückungshilfen des Bundeswirtschaftsministeriums sei bislang abgerufen und in der Kultur- und Kreativwirtschaft käme nichts an. Die Lebenswirklichkeit der Solo-Selbständigen würde nicht richtig erkannt. Erforderlich sei ein

Selbständigengeld wie es von einigen Bundesländern wie z.B. Baden-Württemberg gezahlt wird. Das zur Verfügung stehende Geld müsse dort eingesetzt werden, wo es ankomme. Grundl schlug zugleich Einsparungen vor und zwar bei der Garnisonskirche in Potsdam und möglichen Entschädigungszahlungen an das Haus Hohenzollern.

Juana Cotar MdB (AfD) nahm sich ebenfalls den Bereich Digitalisierung vor und führte auf, in welchen Bereichen (Breitbandausbau, Glasfaser, Mobilfunk) die Bundesrepublik anderen Ländern hinterherhinke. Ihres Erachtens müsse mehr in Künstliche Intelligenz investiert und die Jugend müsse fit für die Zukunft gemacht werden. Weiter fordert sie, die Cybersicherheit ernst zu nehmen.

Staatsministerin Monika Grütters MdB (CDU/CSU) unterstrich, dass der Haushaltsentwurf gegenüber dem des Vorjahres um 6,6 Prozent angestiegen sei und damit seit ihrem Amtsantritt fortlaufend der Haushalt gewachsen ist. Mit Neustart Kultur mit einem Volumen von 1 Mrd. Euro werde zusätzlich das größte Kulturinvestitionsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik aufgelegt. Dieses eigene Rettungsprogramm habe der Bund gestartet, obwohl die Zuständigkeit für die Kulturförderung hauptsächlich bei den Ländern läge. Sie wisse um die Not im Kulturbereich, bei den Solo-Selbständigen, den Kultureinrichtungen und der Kulturwirtschaft und daher arbeite ihr Haus mit Hochdruck an den Programmen, die im Juli angelaufen sind. Die Programme stoßen, so Grütters, auf eine enorme Resonanz und die Mittel fließen ab. Die Infrastruktur sei der Schlüssel, so Grütters, damit Künstlerinnen und Künstler wieder Aufträge bekommen, daher würde sich hierauf besonders konzentriert. Im neuen regulären Haushalt würden besondere Akzente in der Aufarbeitung und Geschichtsvermittlung sowie kulturellen Teilhabe gesetzt. Erstmals würde ein eigener Haushaltstitel für die Aufarbeitung des Kolonialismus eingesetzt. Weiter werde der ländliche Raum ebenso gefördert wie die vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen. Hier sei kultureller Dialog besonders von Nöten. Abschließend bittet Grütters um Unterstützung ihres Entwurfs.

Diether Dehm MdB (Die Linke) schilderte in einer Kurzintervention die prekäre Lage der Veranstaltungswirtschaft und forderte hier dringend Verbesserungen.

Martin Rabanus MdB (SPD) unterstrich als Botschaft des Regierungsentwurfs, dass Kunst, Kultur und Medien der Koalition etwas wert seien. Das komme im Haushaltsaufwuchs von 6,6 Prozent zum Ausdruck. Die Koalitionsfraktion, so Rabanus, arbeite die Aufgaben des Koalitionsvertrags ab. In der Kulturförderung habe die Förderung in der Hauptstadt einen großen Stellenwert aber ebenso wird Kultur in den Regionen und im ländlichen Raum gefördert. Der Mittelaufwuchs der Deutschen Welle mache den Etat mit den Auslandssendern anderer europäischer Länder vergleichbar. Bei Neustart Kultur hebt Rabanus hervor, dass sich auf die Kulturinfrastruktur konzentriert werde. Sie sei die Voraussetzung für weitere Aufträge im Kulturbereich. Sowohl die Förderkriterien als auch

der Mittelabfluss würden genau im Blick gehalten, um zu prüfen, ob das Geld auch bei den Künstlerinnen und Künstlern ankomme.

Patricia Lips MdB (CDU/CSU) hob in ihrer Rede die innovative Kraft von Kultur hervor und zwar sowohl mit Blick auf das professionelle Schaffen als auch das ehrenamtliche. Gerade bei der coronabedingten räumlichen Distanz sei ihres Erachtens die Kultur besonders wichtig, wobei die Herausforderung für alle groß sei – gerade auch die Solo-Selbständigen. Neustart Kultur sei, so Lips, ein wichtiges Instrument, um kulturelles Leben zu unterstützen. Das Volumen dieses Programms betrage immerhin die Hälfte des „normalen" Haushalts der BKM. Der Haushaltsentwurf 2021 biete eine stabile Grundlage für die weitere Kulturförderung. Lips schließt mit dem nachdrücklichen Hinweis, dass Kultur und Freiheit zwei Seiten einer Medaille seien.

Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements gestalten – Dritte Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration jetzt auf YouTube ansehen!

Passend zum Internationalen Tag der Demokratie veranstaltete die Initiative kulturelle Integration am 15.09.2020 ihre dritte Jahrestagung. Vor dem Hintergrund der These 10 „Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie" der 15 Thesen der Initiative diskutierten prominente Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von Bund, Ländern und Kommunen über die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Gegenwart und Zukunft. Corona-bedingt wurde das Vormittagsprogramm als Livestream übertragen und mitgeschnitten.

Schauen Sie sich auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Kulturrates jetzt die Beiträge der Tagung an, u. a. von der Integrationsbeauftragten **Staatsministerin Annette Widmann-Mauz**; **Olaf Zimmermann**, Sprecher der Initiative und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates; **Dr. Rupert Graf Strachwitz**, Vorsitzender des Vorstandes der Maecenata Stiftung; **Christian Moos**, Generalsekretär der Europa-Union Deutschland e.V. und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und **Klaus Hebborn**, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung des Deutschen Städtetages.

Aktualisiert! Corona-Krise: Was wird für die Kultur getan?

- Hier finden Sie Informationen zu den Maßnahmen des Bundes für Solo-Selbständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft.
- Hier finden Sie Informationen zu den Maßnahmen der einzelnen Bundesländer im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

- Hier finden Sie Informationen zu den Maßnahmen der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Neuerscheinung: Politik & Kultur Oktober 2020 mit dem Schwerpunkt: Von analog zu digital?
Themen der Ausgabe:

- Von analog zu digital?
  Kunst, Kultur und Gesellschaft zwischen Dingen und Daten
- Corona vs. Kultur
  Keine Chance, sondern Bewährungsprobe: Die Arbeit an den „Baustellen“ im Kulturbereich muss jetzt fortgesetzt werden
- Stiftung
  Wie ist es um die Stiftung Preußischer Kulturbesitz nach der Evaluation des Wissenschaftsrates bestellt?
- Pressemedien
  Subventionsfalle? – Förderung von Printverlagen auch in Deutschland: 220 Millionen Euro für Zeitungen und Zeitschriften
- Musik
  Zwischen Eichsfelder Leistungsmentalität und Kölscher Leichtigkeit: Wie prägt die Herkunft das musikalische Schaffen?

Weitere Themen: Religion in der Corona-Pandemie; Festivals unter Corona-Bedingungen; 5 Minuten Urheberrecht: Schranken des Urheberrechtes Teil II; Kulturagenten; Neue Musik in neuen Medien; Deutsch-russisches Verhältnis; Harald Hauswald Retrospektive; Hetty Berg im Porträt u.v.m.

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).
- Die Oktober 2020-Ausgabe von Politik & Kultur mit dem Schwerpunkt „Von analog zu digital?: Kunst, Kultur und Gesellschaft zwischen Dingen und Daten“ steht auch als kostenfreies E-Paper (pdf-Datei) zum Herunterladen bereit.

Personalia

rbb-Intendantin Schlesinger für zweite Amtszeit gewählt

Patricia Schlesinger bleibt Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg. Der Rundfunkrat des öffentlich-rechtlichen Senders mit derzeit 29 Mitgliedern bestätigte die seit 2016 an der Spitze des rbb stehende Intendantin für fünf weitere Jahre im Amt. Die zweite Amtszeit wird 2021 beginnen. Drei externe Interessentinnen und Interessenten hatten sich auf die ausgeschriebene Stelle beworben. Nach eingehender Prüfung schlug eine Wahlkommission des Rundfunkrates nur Patricia Schlesinger für die Wahl vor. Mit 26 Stimmen, bei zwei Gegenstimmen, wurde die gebürtige Hannoveranerin gewählt.

Emmy Award für Maria Schrader

Die Berliner Regisseurin hat den Emmy Award für die beste Regie in einer Miniserie gewonnen. Ausgezeichnet wurde sie für die vierteilige Serie »Unorthodox« beim Streaming-Anbieter Netflix, die von der ultra-orthodoxen Jüdin Esther, die aus New York nach Berlin flieht, handelt. Die Miniserie basiert auf dem gleichnamigen autobiografischen Bestsellerroman von Deborah Feldman, der 2012 erschien. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die von Jimmy Kimmel im Staples-Center in Los Angeles ohne Publikum moderierte Sendung erstmals virtuell per Livestream übertragen, in den die Nominierten zugeschaltet wurden – so auch die Gewinnerin Maria Schrader.

Neues Intendanten-Duo im Theater an der Parkaue

Das Berliner Theater an der Parkaue soll mit einer Doppel-Intendanz, bestehend aus Christina Schulz und Alexander Riemenschneider, in die Spielzeit 2021/22 starten. Christina Schulz leitet seit 2009 die Bundeswettbewerbe der Berliner Festspiele – das Theatertreffen der Jugend, das Tanztreffen der Jugend, das Treffen junge Musik-Szene und das Treffen junger Autor*innen. Der freie Regisseur Alexander Riemenschneider hat am Deutschen Theater in Berlin unter anderem die Stücke Tschick und Transit inszeniert. Für die Intendanz hatte es laut Senatskulturverwaltung insgesamt 48 Bewerbungen gegeben.

Walter-Lübcke-Demokratie-Preis vergeben

Erstmals wurde der nach dem ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten benannte Preis des Landes Hessen verliehen. Ausgezeichnet werden die Journalistin Dunja Hayali, das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen und Robert Erkan, der sich um Angehörige der Opfer des Anschlags von Hanau kümmert. Die Preisträger setzten sich in herausragender Weise für Demokratie, Freiheit, Respekt und Toleranz ein, erklärte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. Die Ehrungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt verliehen werden. Ziel dieser Landesauszeichnung ist es, für Respekt im politischen und öffentlichen Raum zu werben und für den Einsatz zum Wohle des demokratischen Miteinanders Lob und Anerkennung auszusprechen. Alle zwei Jahre soll der Preis zur Erinnerung an den im Juni 2019 von einem Rechtsextremisten ermordeten

Walter Lübcke verliehen werden.

Text der Woche: Hermann Parzinger „Reform als Chance – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz nach der Evaluation durch den Wissenschaftsrat“

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist die mit Abstand größte Kultureinrichtung in Deutschland und eine der größten weltweit. Mit ihren Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten gehört sie zu den wenigen spartenübergreifenden Gedächtnisinstitutionen und gilt in gewisser Weise als deutsche „Smithsonian“. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, kurz SPK, hatte im Verlaufe ihrer über 60-jährigen Existenz gewaltige Herausforderungen zu bewältigen: die Rückführung der nach Westdeutschland ausgelagerten Sammlungen und Bestände sowie gleichzeitig den Ausbau West-Berlins zur Kulturmetropole mit den Standorten Dahlem und Kulturforum, ab 1990 dann die Integration der Mitarbeiterschaft im Ostteil der Stadt sowie die Zusammenfügung der nach Ost und West aufgeteilten Museen, Bibliotheken und Archive. Gigantische und zugleich dringend notwendige Sanierungs- und Neubauprojekte bestimmen seit mehr als zwei Jahrzehnten die Agenda der Stiftung und absorbieren alle Kräfte und Mittel, die andernorts in die Modernisierung von Strukturen und Ausstattung fließen. Das ist das Kernproblem der SPK.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Lesen Sie den Text hier!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat